

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

122 (17.11.1923)

Erseint  
bis auf weiteres einmal  
Samstag.

**Bezugs-Preis:**

Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger u. unsere Ausreiter  
ohne Beleggeld  
für Dezember Goldmark 0.60  
frei liegend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Geschäftszeit 10-5 Uhr, Sonntags  
geschloffen.

Fernsprechanruf Nr. 11.

Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6993.

# Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

gegründet  
1839

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

**Anzeigen-Preise:**

Anzeigen: Die 42 mm breite  
Millimeter-Zeile 50 Mk.  
Familien-Anzeigen 40 Mk.  
Reklamen: Die 87 mm breite  
Millimeter-Zeile 150 Mk.  
mal Schlüsselzahl, wie sie vom  
Berein deutscher Zeitungsverleger  
für alle Zeitungen verbindlich jede  
Woche festgelegt wird.  
Grundgebühr im Anzeigen- und  
Leseblatt 10 Mk.  
Bei Wiederholungen tariflicher  
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-  
halb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum oder bei gerichtlicher Ver-  
treibung und bei Konkurs erlischt.  
Platzverordnungen werden nicht an-  
erkannt und für Anzeigen an  
bestimmten Tagen (wobei für tele-  
fonische Aufträge keine Gewähr  
übernommen.)  
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen müssen  
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 122.

Samstag, den 17. November 1923.

84. Jahrgang

## Reich, Rhein und Ruhr.

### Die Reichsregierung vor schwerwiegenden Entschlüssen.

Ungeheure Arbeitslosigkeit. — Vor der Einstellung der Subventionen für das besetzte Gebiet.

Berlin, 13. Nov. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat infolge der Absperrung der rheinischen und Ruhrgebiete durch die Franzosen einen nie gekannten Grad erreicht. Allein in den besetzten rheinischen Gebieten sind zwei Millionen Arbeitslose registriert; man die Kurzarbeiter und die Familienangehörigen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter hinzu, so ist hier mindestens die Hälfte der Bevölkerung von der Arbeitslosigkeit betroffen. Auch im unbesetzten Gebiet machen sich die Rückwirkungen der Besetzung mehr und mehr geltend. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen beträgt hier bereits über 700 000, die der unterstützten Kurzarbeiter mehr als 1 1/2 Millionen. Hinzu kommen noch zahlreiche Erwerbslose und Kurzarbeiter, die nach den geltenden Bestimmungen eine Unterstützung nicht erhalten können. Diese Zahlen werden ergänzt durch eine Statistik der Arbeiterfachverbände. Bereits Ende September waren 10 vom Hundert ihrer Mitglieder arbeitslos und 40 vom Hundert Kurzarbeiter. In einzelnen Verbänden erfasste die Arbeitslosigkeit bis zu 30 vom Hundert, in anderen die der Kurzarbeiter 75 vom Hundert der Mitglieder. Die Not ist um so größer, als die finanzielle Lage Deutschlands den Unterstützungsmöglichkeiten enge Grenzen zieht.

Aus Berlin wird weiter gemeldet:

Am gestrigen Dienstag vormittag haben in der Reichskanzlei die Besprechungen mit Vertretern der besetzten Gebiete begonnen. Die Besprechungen waren notwendig geworden durch die Finanzlage des Reiches und durch die Weigerung der französischen und belgischen Besatzungsbehörden, das Wirtschaftsleben im besetzten Gebiet wieder in Gang zu bringen.

Die Besatzungsmächte haben es bisher abgelehnt, wegen der Wiederherstellung normaler Zustände im besetzten Gebiet mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten. Sie haben auf dem Umwege über Verhandlungen mit industriellen Einzelgruppen die Interessen der Einbruchsmächte wahrzunehmen versucht, ohne dabei nach den Interessen der Bevölkerung zu fragen. Es ist klar, daß das Rhein- und Ruhrgebiet auf dem Wege, den die Franzosen einschlagen, niemals zu der vollen Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte gelangen kann. Es genügt den Franzosen, die ihnen zustehenden Reparationsleistungen herauszuwickeln, während auf deutscher Seite das Bestreben besteht, dem Rhein- und Ruhrgebiet die volle Produktionsmöglichkeit zurückzugewinnen. Die beispiellose Arbeitslosigkeit die im Industriegebiet gegenwärtig besteht und die sich noch zu vergrößern droht, bringt finanzielle Lasten mit sich, denen das Reich, wenn es nicht von neuem ins Währungschaos geraten will, nicht gewachsen ist. Es ist ganz unmöglich, die gewaltigen Unterstützungsgelder zu bezahlen, die das Arbeitslosenheer verlangt. Ebensowenig aber sind die Industrielassen in der Lage, die Arbeitslosen durch Unterstützungen über Wasser zu halten. Das Arbeitsproblem, das jetzt einmal in seiner ganzen Schärfe akut wird, kann nur gelöst werden, wenn die Franzosen die Hindernisse beseitigen, die sie künstlich geschaffen haben, um im Rhein- und Ruhrgebiet das Wirtschaftsleben zu keiner vollen Entfaltung kommen zu lassen. Die Besatzungsmächte sollten sich der Verantwortung bewußt sein, die auf ihnen ruht.

### Reichsregierung und „Rheinische Republik“

Jede Diskussion ausgeschlossen!

Berlin, 11. Nov. Gegenüber den vielfach, namentlich im Ausland verbreiteten Gerüchten, wonach mit Zustimmung der Reichsregierung die Errichtung einer autonomen Rheinischen Republik bestünde, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß jede Diskussion über die Veränderung des staatsrechtlichen Verhältnisses vom Rheinland und Ruhrgebiet zum Reich ausgeschlossen ist. Die Reichsregierung wird niemals einen dahingehenden Schritt tun und niemals die Ermächtigung zur Ausrufung der Rheinischen Republik erteilen. Für das Verhältnis der Rheinlande zu den Ländern, wie für jede Aenderung des Verhältnisses kann nur die deutsche Verfassung maßgebend sein.

### Stillelegung sämtlicher preussischer Staatszehen.

Gelsenkirchen, 12. November. Der preussische Handelsminister hat sich veranlaßt gesehen, die Stillelegung sämtlicher Staatszehen zu verfügen. Auch diese Maßregel ist eine Folge davon, daß die Verhandlungen mit der Besatzung noch immer zu keinem Ergebnis geführt haben und das Reich auch dem preussischen Staatsfiskus gegenüber die Zahlung weiterer Unterstützungen ablehnt. Die Staatszehen werden vom heutigen Montag ab nur noch Notstandsarbeiten verrichten. Die gesamten Belegschaften der fiskalischen Schatzanlagen sind von heute ab der Arbeitslosenfürsorge überwiesen worden.

### Die Wirtschaftskrise auf dem Höhepunkt.

Essen, 14. Nov. Die schwere Wirtschaftskrise des Ruhrgebietes ist auf ihrem Höhepunkt angelangt. Der Zechenverband hat heute den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen mitgeteilt, daß sämtliche Arbeiter und Angestellte zum 30. November entlassen sind. Der Zechenverband begründet diesen schwerwiegenden Beschluß damit, daß die Verhandlungen in Düsseldorf mit den Franzosen ergebnislos geblieben sind, sodas sie finanziell nicht in der Lage seien, ihre Betriebe weiter zu führen. Da dieser Entschluß nun ernährt werden zeitlich mit dem Beschluß der Reichsregierung zusammenfällt, die Unterstützungen für das Ruhrgebiet im Interesse der Reichsfinanzen einzustellen, so ist es ein ungelöstes Rätsel, wie die Scharen der Arbeitslosen nun ernährt werden sollen. Ihre Zahl beträgt im Ruhrgebiet jetzt schon eine halbe Million und dürfte in den nächsten Tagen eine gewaltige Zunahme erfahren. Hinter der von dem Zechenverband angegebenen Begründung für die Entlassung steht aber außerdem der Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Frage der Arbeitszeit. Es ist nicht zu verkennen, daß die Unternehmer jetzt den Zeitpunkt für gekommen erachten, um diesen in die Grundsätze der Arbeiterbewegung greifenden Konflikt durch einen Machtkampf zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Die Unternehmer streben mit allen Mitteln eine Verminderung der Produktionskosten an, sie wollen infolgedessen bei der Wiedereinstellung zum 1. Dezember höchstens 70 Prozent der jetzt beschäftigten Arbeiter wieder aufnehmen und die Arbeitszeit auf die Höhe der Vorkriegszeit bringen.

### Eine Berliner Konferenz über die Wirtschaftsprobleme im besetzten Gebiet.

Unmögliche Lasten.

Berlin, 14. Nov. Gestern nachmittag fand eine Konferenz der Reichsregierung und der Vertreter der Länder mit Vertretern der besetzten Gebiete statt. Die Reichsregierung stellte dem „Deutschen“ zufolge fest, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet dem Reich eine Last auferlegt, die es in arbeitlicher seiner Finanzen nicht länger zu tragen vermag. Wie lange die Zahlungen nach dem besetzten Gebiet noch geleistet werden können, hänge davon ab, ob und wie weit die Besatzungsmächte dem Reich die Einnahmen aus dem besetzten Gebiet etwa sperren sollten. Die Reichsregierung stellte zur Erörterung, was im besetzten Gebiet geschaffen werden könne, um der nach der Einstellung der Zahlungen noch leidenden Bevölkerung die Möglichkeit zu schaffen, in einer Auseinandersetzung mit den Okkupationsmächten die Regelung der Wirtschaftsfragen selbst in die Hand zu nehmen. Hierbei sei von dem Standpunkte auszugehen, daß es sich an Rhein und Ruhr um eine tatsächliche Okkupation handele, die zurzeit der verfassungsmäßigen Regierung die Ausübung ihrer Hoheitsrechte unmöglich macht. Die Legalisierung des französisch-belgischen Rechtsbruchs könne selbstverständlich nicht in Frage kommen. Daher könne es sich auch niemals um die Abtretung der Hoheitsrechte an eine rheinische Organisation handeln, die zwangsläufig zur Bildung einer rheinischen Regierung führen müßte. Dazu würden das Reich und die Länder niemals die Hand bieten. Die Vertreter der Länder bestätigten die Auffassung der Reichsregierung, daß die Weiterzahlung von Erwerbslosenunterstützungen über einen nahen Termin hinaus unmöglich sei. Die Vertreter der besetzten Gebiete dagegen drückten die Hoffnung aus, daß sich für das Reich doch noch Mittel und Wege finden lassen müßten, auch weiterhin die bisher an Rhein und Ruhr abgeführten Zahlungen fortzusetzen. Wenn dies aber tatsächlich ausgeschlossen sei, müsse eine rheinische Organisation mit weitgehenden wirtschaftlichen Vollmachten ausgestattet werden, da sonst die Verhandlungen mit den Okkupationsmächten zur Wiederherstellung eines geordneten Wirtschaftslebens außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen würden. Die Verhandlungen werden in diesen Tagen fortgesetzt werden.

### Fortsetzung der Zuschüsse für das besetzte Gebiet.

Berlin, 15. Nov. Das Reichskabinett hat beschlossen, von dem gesamten Kredit, der dem Reich in Höhe von 900 Millionen Mark von der Rentenbank zur Verfügung gestellt wurde, einen Betrag im Werte von 100 Millionen Rentenmark für die Fortzahlung der Reichszuschüsse an die besetzten Gebiete insbesondere zur Erwerbslosenunterstützung bereit zu stellen.

### Tatsächlich Schluß mit dem Druck von Papiermark.

Berlin, 15. Nov. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat der Deutschen Rentenbank die Genehmigung erteilt, ab heute mit der Ausgabe der Rentenmarksbillette zu beginnen.

Wie die Hoff. Ztg. hört, wird der neu ernannte Reichswährungskommissar Dr. Schacht für strikte Durchführung der Bestimmung Sorge tragen, daß von nun an sofort die Diskontierung von Papiermarkschatzwechseln des Reiches durch die Reichsbank, das heißt also der ungedeckte Notendruck, eingestellt wird. Die Rentenmark soll zu dem Einheitskurs des Dollars in das feste Verhältnis von 1:4 gebracht werden. Eine Abordnung der Berliner Großbanken hat zwar bei Dr. Schacht gegen die sofortige Festsetzung dieses Einheitskurses protestiert, dürfte aber damit bei Dr. Schacht nicht durchdringen. Die Banken haben geltend gemacht, daß der amtliche Einheitskurs des Dollars und damit also jetzt auch der Rentenmark kein richtiges Bild von der Bewertung der Papiermark gibt. Diese Bedenken sind aber vermindert durch die heutige Heraussetzung des amtlichen Dollarkurses auf 2,52 Billionen entkräftet worden. Die Beamtengehälter werden bereits für den Rest dieser Woche zu 30 Prozent in Rentenmark ausgezahlt. Die Rentenmark wird an den öffentlichen Kassen zur Bezahlung von Goldmarkbeträgen (Eisenbahntarife, Zölle, Landabgaben usw.) als Goldmark und für die in Papier berechneten Beträge zu dem amtlich täglich bekannt gemachten Umrechnungssatz für die Reichssteuer, zur Zeit 600 Milliarden angenommen.

### Auf dem Wege zum Direktorium?

Die innerpolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Tagen sehr erheblich verschoben. Bei zahlreichen Fraktionsstimmungen im Reichstag führten die Vorgänge in München im Zusammenhang mit der Entwicklung der rheinisch-westfälischen Frage zu einer scharfen Stellungnahme sowohl der Deutschnationalen und auch der Sozialdemokraten gegen das Kabinett Stresemann. Die Bemühungen der beiden Fraktionen haben dazu geführt, daß, wie berichtet, der Reichstag am nächsten Dienstag zusammentritt. Man erwartet in parlamentarischen Kreisen allgemein, daß am Dienstag sowohl von der deutschnationalen Seite dem Kabinett Stresemann das Vertrauen abgeprochen wird, wenn nicht der Reichskanzler auf die sozialdemokratischen Forderungen in vollem Umfange eingiht. Die Forderungen beziehen sich:

1. auf Weiterzahlung der Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiete, 2. auf Entwaffnung der Nationalsozialisten in Bayern, 3. auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes, 4. auf gerichtliche Bestrafung aller Teilnehmer am Münchener Putsch, einschließlich Erdendorff.

Der größte Teil der sozialdemokratischen Forderungen kann vom Reichskanzler nicht erfüllt werden. Angesichts dieser Entwicklung wird die Frage ernsthaft erörtert, was nach dem Sturz des Kabinetts Stresemann geschehen soll. Bei Sozialdemokraten besteht eine schwache Hoffnung aus dem Sinn des jetzigen Kabinetts ein neues Kabinett aus Zentrum Demokraten und Sozialdemokraten entwickeln zu können. Die Aussichten eines solchen Kabinetts sind an dieser Stelle schon gekennzeichnet worden. Es wird wahrscheinlich zunächst der Versuch der Bildung eines bürgerlichen Kabinetts gemacht werden. Sollte dieser Versuch auch scheitern, so wird nach allgemeiner Annahme in parlamentarischen Kreisen der Reichspräsident nicht etwa den Reichstag auflösen, er wird vielmehr unter Beibehaltung des Reichstags — aber bei praktischer Aususchaltung seiner Wirksamkeit — auf Grund des Artikels 48 die Regierungsgewalt in die Hände eines Direktoriums legen, das dann zunächst auf Grund des Artikels 48 die Regelung der wirtschaftlichen Fragen vornehmen würde, während die Aufgabe, für die innere Ordnung zu sorgen, gemäß dem augenblicklich schon bestehenden Zustand in den Händen des Generals von Seeckt liegen würde.

In demokratischen Kreisen und im Zentrum wird zwar diese Entwicklung vorläufig noch nicht für möglich gehalten, man beschäftigt sich ernsthaft mit dem Gedanken der Auflösung des Reichstags. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kabinett Stresemann schon vor der Plenarsitzung am Dienstag dadurch auseinanderfällt, daß die demokratische Reichstagsfraktion plötzlich den Austritt ihrer Minister aus dem Kabinett beschließt. In der demokratischen Reichstagsfraktion herrscht zudem starke Erregung über die Ernennung von Dr. Sarres zum Innenminister, weil Sarres den Plan einer wirtschaftlichen Autonomie für die besetzten Gebiete besonders begünstigt.

### Das Münchener Zwischenspiel.

Hitlers Ausgang.

Wie ein nächtlicher Spuk ist der Hitler-Putsch an uns vorübergezogen, immer gefährdet, oft fröhlicher verklärt, schließlich doch eine Ueberraschung. Und die größte Ueberraschung dabei — nach allem, was man von der faszinierenden massenbeherrschenden persönlichen Gewalt Hitlers erfahren hatte — daß die Kräfte der geführten Regierung sich denen des Usurpators so sehr überlegen zeigten, daß es keine 24 Stunden dauerte, bis alles vorüber war. Es hat sich gezeigt, daß diejenigen, die vor 6 Wochen den Generalsstaatskommissar v. Kahr an die Spitze der vollziehenden Gewalt stellten, um den Feuertopf Hitler im Schach zu halten nicht ganz falsch gerechnet

hatten. Er hat ihn zwar nicht abgeholt von seinem Putz, aber er hat doch die Kraft gehabt, ihn eilends niederzuwerfen. Herr von Kahrs Stellung in der öffentlichen Meinung hat damit eine starke Befestigung erfahren, was natürlich auch auf die Beziehungen zwischen Berlin und ihm von erheblichem Einfluß sein wird. Das Eigentümliche an der Lage ist, einmal das, daß nun auch die Sozialdemokraten an Herrn v. Kahr nicht heran können, da er doch dem Putz von rechts gegenüber nicht verfährt hat, und daß andererseits Herr v. Kahr, der Führer wider den Marxismus, den „Marxisten“ ihren gefährlichsten Nebenbuhler Adolf Hitler für absehbare Zeit aus dem Wege geräumt hat.

Auf tiefe Erschütterung steht man vor dem Schicksal Ludendorffs. Nach beispiellosen Heldentaten, nach Wunderwerken der Feldherrnkunst, als Revolutionär mit der Waffe in der Hand gefangen! Nur der Nächste wird den Weg kennen, der ihn vom einen zum andern geführt hat, und nur wer diesen Weg wirklich kennt, kann über ihn rechten. Jetzt spricht der äußere Schein gegen ihn. Er ist wirklich der Mittäter an der Empörung, als den ihn die ersten Nachrichten kundtaten, die Hoffnung, daß sie sich als Jektum herausstellen würden, ist nicht in Erfüllung gegangen. Ein zertrümmertes Leben. Tragik im vollsten Schwere des Wortes! Und doch fällt ein Strahl heroischen Glanzes auch noch auf diese Stunde. Man hat Ludendorff auf Ehrenwort aus der Haft entlassen, wie einen Kriegsgefangenen unter ritterlichen Bedingungen. Man hat das bei ihm sagt, legt Zeugnis ab für ihn. Man wußte, daß man einen deutschen Offizier nicht festbinden kann als durch sein Ehrenwort.

Weniger heroisch, und weniger ritterlich ist es nach der ausführlichen Darstellung der Münchner Regierung in der Nacht vom 8. zum 9. November in jenem Nebenzimmer des Bürgerbräukellers und nachher zugegangen: erpreßte Aussagen, beschwundene Massen, alsbaldiger Bruch des unter Drohung gegebenen Wortes! Herr v. Kahr und General v. Lossow haben „auf einen Schelm an derthalbe“ gesetzt, und kaum aus den Fängen der Hitlerleute entwischt, das 13. Ja. Reg alarmiert. Das ist kein moralisches Musterbeispiel zur Erziehung braver Kinder, eher ein Beweis für den alten bösen jynischen Satz, daß ein Staatsmann sich nicht immer den Luxus leisten könne, ein anständiger Mensch zu sein. Der Erfolg mußte auch in diesem Fall das Mittel heiligen.

Nachklänge zum Hitler-Putz.

Obwohl die Verhaftung des unverwundeten Adolf Hitler nun bestätigt wird, will die Aufregung noch nicht recht zur Ruhe kommen. Es sind vor allem Studenten, Hitlers treueste und hingebendste Gefolgschaft, die seine Sache noch nicht verloren geben wollen und allen Versuchen der Beschwichtigung bis jetzt Widerstand geleistet haben. Als ihr Führer erscheint jetzt, nachdem Hitler und Ludendorff ausgeschieden sind, aus dem Leipziger Amtsgerichtsgefängnis entflohenen Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt. Die Verhältnisse liegen noch so, daß die Universität vorerst schließen mußte, weil ein geordneter Betrieb nicht möglich wäre. Auch die ungeheuerliche Gerüchbildung zeugt noch von dem krankhaften Erregungszustand der Geister. Es überrascht kaum, daß unter diesen Gerüchten auch die Behauptung von Kahrs Ermordung umfliehet. Sie embehrt jeder Begründung.

Stimmen zur Einigung.

München, 13. Nov. In den Münchner Neuesten Nachrichten kommen heute mehrere Stimmen zum Wort, die sich gegen eine weitere Verschärfung der Gegenläge in der nationalen Bewegung wenden. Ein höherer Offizier der alten bayrischen Armee erklärt, wenn Reichswehr und Schupo zermürbt sind die nationalen Elemente im gegenwärtigen Kampf geschwächt seien, so sehe der Bolschewismus seine Stunde gekommen. Der Kommandant a. D. Wellerthun führt aus, Herr v. Kahr habe unter Opferung seiner Persönlichkeit die Staatsautorität gerettet und das wäre die einzige Möglichkeit, den nationalen Idee zum Sieg zu verhelfen. Auch ein anderes hervorragendes Mitglied der nationalen Bewegung sagt, man solle

sich über den Gräbern der gefallenen Brüder und Helden zur Veröhnung zusammenfinden.

Ein neuer Sonderbündler-Putz in der Pfalz.

Der Ueberfall auf Landau.

Ludwigshafen, 11. Nov. Von den Franzosen wirksam unterstützt haben die Sonderbündler in den letzten Tagen erneut einen Vorstoß unternommen, um die Gewalt an sich zu reißen und den Gedanken einer fogenannten freien Pfalz zu verwirklichen. Landau wurde am Donnerstag vormittag von 800 Separatisten förmlich überfallen. Ein Sonderzug der Eisenbahnregie hatte die Sonderbündler nach Landau gebracht. Die Separatisten besetzten das Stadthaus, das Bezirksamt und die Reichsbank. Durch eine Sirene wurde die Bürgerschaft alarmiert und zog, bewaffnet mit Spaten und Prügeln zum Neßplatz, um die Sonderbündler zu vertreiben. Als man sich anschickte, die Sonderbündlerbauden zu entwaffnen, griffen französische Truppen ein, um die Sonderbündler zu schützen. Die Straßen wurden durch starke französische Patrouillen abgesperrt. Wie aus neuen Meldungen hervorgeht, sind die Sonderbündler inzwischen aus Landau zum größten Teil wieder abgezogen, da die Bevölkerung sich ihnen gegenüber völlig ablehnend verhielt. Heinz-Orbis hat nach der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“ den Kreisrat für aufgelöst (!) erklärt.

Eine Straßenschlacht in Speyer.

Speyer, 10. Nov. Heute Nachmittag hat sich die Polizei und die Separatisten eine Schlacht geliefert. Die Polizei hielt das Regierungsgebäude besetzt, das die Separatisten mit Handgranaten und Maschinengewehren angriffen. Auf beiden Seiten gab es nach der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“ Toten. Nähere Einzelheiten fehlen, da die Telegraphenleitungen mit Speyer gesperrt sind.

Weiter wird gemeldet, daß die Sonderbündler meist mit Handgranaten und Maschinengewehren arbeiten. Der Kampf um das Regierungsgebäude spielte sich im Angesicht der unmittelbar gegenüberliegenden Provinzdelegation unter den Fenstern des Generals de Metz ab.

Kommunistische Geheimpläne.

Kommunistische Kurier verhaftet.

Berlin, 15. Nov. Die „Deutsche Zeitung“ meldet, die polizeilichen Nachforschungen, die im Zusammenhang mit der kürzlichen Verhaftung kommunistischer Kurier in Kottbus angeestellt wurden, hätten den Beweis dafür erbracht, daß eine großräumige Agitation über das ganze Reich im Gange sei. Wie das Blatt mitteilt, wurden in einer Gastwirtschaft in der Loewenstraße in Berlin 16 Personen verhaftet, die über erhebliche Geldbeträge verfügten und den Auftrag hatten, sich nach Reichswehrgarnisonen zu begeben, um mit den örtlichen Führern der Kommunistischen Partei Rücksprache zu nehmen. Es konnte weiter ermittelt werden, daß im Reich eine besondere Zentrale für die Aktion eingerichtet ist. In dieser wurden von Kriminalbeamten mehrere Personen festgenommen und wichtiges Geheimmaterial beschlagnahmt, aus dem hervorgeht, daß auch die kommunistischen Abgeordneten Eberlein und Gesecke in diese neue Bewegung verwickelt sind.

Blutige Zusammenstöße in Schwenningen.

Stuttgart, 13. Nov. In Schwenningen hatten Beamte der Landeskriminalgolizei im Anschluß an einen vor einiger Zeit gemeldeten Diebstahl eines Maschinengewehres durch Kommunisten eine Untersuchung über das Bestehen einer unerlaubten politischen Kampforganisation zu führen und einige Kommunistenführer in Sicherheit zu nehmen. Staatliche Schutzpolizei war den Kriminalbeamten beigegeben. Heute vormittag kam es zu einem blutigen Zusammenstoß mit Demonstranten. Polizeibeamte, die in der Firma Kienzle eine Festnahme durchzuführen hatten, wurden von einer mehrere hundert Köpfe starke Menge bedroht und nebst der zu Hilfe gerufenen Schutzpolizei zurückgedrängt. Erst nach dem Eintreffen weiterer Verstärkungen gelang es, die Menge zurückzutreiben. Dabei mußten wiederholt Maschinengewehre in Stellung

gebracht und zum Schuß fertig gemacht werden. Schließlich geriet eine Postierung von acht Polizeibeamten in starke Bedrängnis. Sie wurde von einer tausendköpfigen Menge umringt und mit Steinen bombardiert. Infolgedessen gab die Polizei eine Salve ab, wobei ein Arbeiter getötet und ein kommunistischer Gemeinderat verwundet wurde. Außerdem sollen noch 4 bis 5 weitere Personen verwundet sein. Unter den Demonstranten befinden sich in vorderster Reihe auch viele Frauen und Kinder, die hinter den Männern an Beschimpfung der Polizei nicht zurückstehen.

Frankreichs Schuld an den deutschen Wirren. Eine Unterredung des Reichskanzlers mit dem französischen Botschafter.

Berlin, 10. Nov. Am gestrigen Tage erschien der französische Botschafter beim Reichskanzler und teilte mit, daß der französische Ministerpräsident, obwohl es ihm völlig fern liege, sich in irgendwelche deutsche Verhältnisse einzumischen, sich veranlaßt sehe, auf die Unruhe in Deutschland hinzuweisen, die in Frankreich durch Gerüchte über politische Vorgänge in Deutschland entstanden sei. Die Gerüchte besagten, daß bei einem Erfolg gewisser Bestrebungen eine Rechtsdiktatur zu erwarten sei. In diesem Falle müßte nach den bisherigen Verhandlungen führender Persönlichkeiten der Rechten mit der Verletzung des Versailler Vertrages und der Vorbereitung des deutschen Revanchekrieges gerechnet werden.

Nachdem der Reichskanzler davon Kenntnis genommen hatte, daß dem französischen Ministerpräsidenten jeder Versuch einer Einwirkung auf die innerpolitischen Verhältnisse fernliege, betonte er besonders, daß einzig und allein das deutsche Volk darüber zu entscheiden habe, unter welcher Verfassungsform es seine Politik fortan entwickeln wolle. Den Bestrebungen einzelner Länder, die auf eine größere Selbständigkeit im Rahmen des Deutschen Reiches hinielen, sehe die Reichsregierung selbst nicht unympathisch gegenüber. Wenn im übrigen die extremen Parteien links und rechts an Boden gewannen, so sei das eine Folge der verwerflichen Lage, in die Deutschland geraten sei, und der zu steuern gerade der französische Ministerpräsident die Macht habe. Neben ungeheuren materiellen Schwierigkeiten bereite auch die feetische Bedrückung dem deutschen Volke die schwersten Leiden, wenn es sehen müßte, was die deutschen Brüder an Rhein und Ruhr zu erdulden hätten und wie eine kleine Minderheit von Separatisten, die sich vielfach aus überlitten Verbrechenkreisen zusammensetzt, unbestraft ihr landesverräterisches Unwesen am Rhein treiben könnten. Die heftigsten Angriffe, die gegen die Reichsregierung von radikaler Seite geführt würden, beruhten darauf, daß heute, sechs Wochen nach Abbruch des passiven Widerstands, das ganze Wirtschaftsleben an Rhein und Ruhr schwerer dariederliege, als vor dieser Zeit und daß gleichzeitig die finanzielle Lage Deutschlands noch katastrophaler geworden sei. Der französische Ministerpräsident möge sich darüber klar werden, daß die Reichsregierung jetzt nicht mehr in der Lage sein werde, die bisher gewährten Summen für Rhein und Ruhr aufzubringen, wodurch ihre Bemühungen, das Reichsbudget ins Gleichgewicht zu bringen, gänzlich zunichte gemacht würden. Die Münchener Vorgänge hätten gezeigt, daß die Landesregierungen genügend Kraft und Autorität besäßen, um gewalttätiger Bestrebungen Herr zu werden. Der französische Ministerpräsident müsse aber auch bedenken, daß derartige Bestrebungen gar nicht zum Ausbruch kommen würden, wenn nicht seit Friedensschluß jede deutsche Regierung, gleichgültig auf welchem Parteistandpunkt sie gestanden habe, für irgendwelche erträglichen Bedingungen gekämpft habe, und von einem außerpolitischen Mißerfolge zum andern getrieben worden wäre.

Die Militärkontrolle abgelehnt!

Berlin, 10. Nov. Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, ist gestern die deutsche Antwort auf das Ersuchen der Botschafterkonferenz nach Wiedererrichtung der Militärkontrolle abgegangen. In der Antwortnote wird die Zurücklassung einer neuen Militärkontrolle mit der Begründung abgelehnt,

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

28) Nachdruck verboten.

Dem konnte natürlich Mar nicht widerstehen, das alte Jägerblut walte in ihm auf. Das hohe fürstliche Vergnügen in der grauen brodelnden Morgendämmerung den singenden Hahn von dem höchsten Gipfel herunterzuholen, das war doch nicht zu verachten. Freilich brauchte er den Rekognoszierungs-gang nicht, er konnte ja jeden Fußtritt des Waldes eine halbe Meile um die Oberförsterei herum, aber er konnte doch Ritter gegenüber nicht nein sagen und ging darum auf sein Zimmerchen sich fertig zu machen.

Sein Herz pochte, als er die immer noch wie in seinen Jugendtagen knarrende alte Holzstiege hinaufstieg und von dem Geländer des Vorplatzes herunter in das breite Vestibül blickte. Hier hatte er den ersten süßen Traum seiner Liebe geträumt. Da lag das Mädchenzimmer Mollys und hier, diesem gegenüber, das kleine Gemach, das er mit dem Bruder der Geliebten geteilt hatte. Auf dieses Treppengeländer gelehnt, hatten sie manchen Abend gestanden und geplaudert, und dann, wenn Mar kleiner Zögling eingeschlafen, hatten sie in Mollys Zimmer vom Fenster hinausgeblickt, in den dunklen, rauschenden, rauschenden Wald. Er hatte seinen Arm um die schlanke biegsame Gestalt gelegt und Molly mit ihrem schönen Kopf an seiner Schulter gerührt. Da hatten sie Pläne gemacht über Pläne, wie sie sich ein glückliches bescheidenes Heim gründen wollten, bis ihnen vor Müdigkeit die Augen zufielen und sie sich in heißem Liebeskauffe trennen mußten.

Dann war er hinausgegangen, hatte seinen heißen Kopf in die weichen, kühlen Kissen gedrückt, und in leidenschaftlichem Gelock, daß Gott ihm doch die einzig Geliebte nicht nehmen möge, war er in selige goldene Träume von Sonnenschein und Glück hinübergeschlummert.

Aber wie anders war es gekommen. Sie geschmiedet an einen Mann, der ihrer längst überdrüssig war und sie dafür quälte, daß er ihrer überdrüssig geworden. Er trauernd noch nach zwölf Jahren über die verlorene Jugendliebe und unfähig, auf

den Trümmern seines untergegangenen Glückes ein neues, wenn auch bescheidenes aufzurichten.

Und nun trat er ein und prallte fast entsetzt zurück. Das war ja noch alles wie früher, alles. Dieselbe weiß und rot gekleidete Decke über dem Bett, derselbe ärmliche altertümliche Wasch-tisch, derselbe fast schwarze Schenkelstisch mit den beiden Stühlen und dem rohgeflochtenen Lehnstuhl. Dieselben Bilder... nur er war ein anderer geworden.

Alles was, er durfte diese wehleidige Stimme nicht seiner Herr werden lassen, er mußte darüber hinwegkommen, mußte einen Entschluß fassen. Entweder liebte ihn Molly noch, dann mußte er sie ihrer unglücklichen Ehe entreißen und selbst über die schmerzbar größten Schwierigkeiten hinweg ein neues Glück zu schaffen versuchen, oder sie liebte ihn nicht, dann mußte ein für allemal ein Ende gemacht werden, dann mußte er sich freirufen... und doch immer die Einzige sehen, immer den Gedanken in seinem Gehirn wälzen, daß ein anderer Besitzer dieses herrlichen Weibes sei, der es gar nicht zu schätzen wußte. Es war eine Qual.

Hätte er doch Kattenhausen nie wieder gesehen, dann wäre es vielleicht gegangen, dann wäre er schließlich ruhig geworden, aber so...? Warum schloß ihm plötzlich die wilde Drohung durch den Kopf, die Peter, der Wildbiel, ausgestoßen hatte, er werde mit Ritter abrechnen. Das war ja der Ausweg, der einzige Ausweg, und er brauchte nichts zu tun, als nur zu schweigen. Das Goldhändchen war sich seines Schusses sicher, und wehe Ritter, wenn er, wie sein Beruf forderte, im Dunkel der Nacht mit seinem unverföhnlichen Gegner zusammentraf.

Sein Herz jauchzte plötzlich auf, wie das des Schiffers im wilden Sturm, wenn er aus dunkler Wolkennacht das Blinken des Leuchtturmes erblickt.

Aber um Gottes willen, wie wurde ihm denn, daran hatte er ja noch gar nicht gedacht. So verkommen konnte er doch nicht sein... wenn er schwieg, würde er ja der Mitschuldige an einem Mord.

Als ihm diese furchtbare Wahrheit zum Bewußtsein gekommen war, mußte er auch sofort, daß er keine Minute zögern durfte, Ritter zu verständigen, daß er fast schon zu lange gehögert

hatte. Er durfte nicht auf das Licht des Leuchtturms zuhalten, er mußte das Steuer seines Lebensschiffes herumdrücken und den Stern wieder hinaus in den Sturm treiben. Nein und tausendmal nein zu einem so furchtbaren Verbrechen sollte ihn seine Leidenschaft nicht treiben. Müchte der Richter über den Wolken, ohne dessen Willen kein Haar von unterm Haupte fällt, richten, nicht er, der schwache, von Schmerz und Leidenschaft durchwühlte Mensch. Das Unglück sollte ihn nicht ungerecht machen.

Er schnürte sich die Jagdgamaschen um, zog die grau-grüne Joppe an, setzte seinen alten grünen Strohhut auf, warf das Ritter geordnete leichte Gewehr über die Schulter und ging hinunter, wo er den Oberförster marschfertig in seinem Zimmer fand. Dieser legte ihm mit einer gewissen Herzlichkeit den Arm um die Schulter und zog ihn hinaus in den Hof.

„Komm, Freund, nun wollen wir wieder einmal wie in den Tagen unserer goldenen Jugend im Walde streifen. Es gibt doch nichts Schöneres, als die rauschende Einfamkeit des Blättermeeres, in dem alles Leben unserer Büchse untertan ist. Komm hinaus.“

Ritter wandte sich um, pfliff einen mächtig großen Griffon, der sich dicht an ihn herandrängte, und als sie in den Wald hineingekommen waren, mit der gespanntesten Aufmerksamkeit des tüchtigen Jagdhundes wenige Schritte voraus die Gegend aufklärte.

„Was ist, Mar... Donnerwetter, du machst ja ein Gesicht, als ob dir der Weizen verpagelt wäre. Fehlt dir was?“ „Ich muß mit dir sprechen. Nimms nicht übel, wenn ich an eine alte Geschichte rühre, die dort drüben, wo der Denkstein steht, passiert ist.“

„Ach, die Affäre Löbau, ja.“ „Ist es dir unangenehm?“ „Nein, wieso? Warum sollte es mir unangenehm sein?“ „Ich habe vor einigen Tagen den Wächter getroffen, das Goldhändchen.“

„Den Schuft? Bleibt er immer noch bei seiner Aussage, ich habe den Löbau erschossen?“ (Fortsetzung in der Beilage.)

daß bei der erregten Stimmung, wie sie infolge des Einmarsches ins Ruhrgebiet des gegenwärtigen Zustandes im besetzten Gebiet und der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes, heute besteht, eine Sicherheit für die an der Kontrolle beteiligten Franzosen und Belgier nicht übernommen werden könne.

**Gegen die französische Vernichtungspolitik. Keine Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches.**

London, 12. Nov. In einer veröffentlichten amtlichen Uebersicht über die am Freitag beendete Tagung der britischen Reichskonferenz heißt es über die Erörterung des Reparationsproblems: Die Konferenz sei nach sorgfältiger Erwägung zu der Ansicht gekommen, daß die europäische Lage nur erwidert werden könne, wenn die Vereinigten Staaten daran mitarbeiten und daß das Scheitern des Planes einer gemeinsamen Aktion zu folgen hätte, sowohl dem dauernden Frieden wie der wirtschaftlichen Erholung der Welt abträglich sein würde. Die Konferenz sei der Ansicht, daß in einem solchen Falle die britische Regierung sehr sorgfältig die Alternative erwägen müßte, selbst eine Konferenz einzuberufen und das wirtschaftliche und finanzielle Problem in seinen weitesten Auswirkungen zu untersuchen. Die Konferenz betrachte jede Politik, die zu einem Bruch der Einheit des Deutschen Reiches führen würde, als unvereinbar mit den Vertragsverpflichtungen, die sowohl Deutschland wie auch die Mächte eingegangen seien, und als unvereinbar mit der zukünftigen Erfüllung seiner Bestimmungen durch Deutschland. Die schärfsten Vorstellungen wurden demgemäß den Alliierten gegenüber erhoben.

**Französisch-belgische Erpressung.**

Frankfurt, 14. Nov. Am Dienstag, 4 Uhr nachmittags wurden in Düsseldorf die Verhandlungen zwischen den Vertretern des rheinisch-westfälischen Bergbaus und der Meinung fortgesetzt, nachdem deren Mitglieder aus Paris zurückgekehrt waren. Hugo Sinnes, der in Berlin weilte, nahm an den Verhandlungen nicht teil. In absolutem Gegensatz zu den Grundlagen der bisherigen Beratungen, wonach der Gegenwert der zu liefernden Kohle und des Transportes auf Reparationskonto verrechnet und so dem Reiche vergütet werden sollte, stellte die Meinung die Forderung, diese so bedeutsamen Gegenwerte auf ein anderes Konto zu schreiben. Dieses unerhörte Ansuchen wurde von den deutschen Vertretern abgelehnt, weil es in keiner Weise den Bestimmungen über die Reparationsleistungen entspricht, wonach die Kohlen franco Seehafen zu Gunsten des Reparationskontos des Reiches voll zur Anrechnung kommen müssen.

**Neue Drohungen aus Paris.**

Die innenpolitischen Wirren, die Vorgänge in Bayern und endlich das zufällige Zusammenreffen der Rückkehr des Kronprinzen in diesen Ereignissen geben der franz. Politik die erwünschte Gelegenheit, eine neue Erpressungsaktion gegen Deutschland zu versuchen. Die Pariser Ausgabe der französisch orientierten „Chicago Tribune“ beschäftigt sich mit Sanktionen, die angeblich die Vorkonferenz im Auge gefaßt habe. Danach würde Poincaré mit Unterstützung der englischen Flotte die Besetzung der Häfen von Hamburg und Bremen beabsichtigen, wo alsdann die Völle durch die Alliierten erhoben werden würden. Gleichzeitig würden Frankfurt, Elbe, und Barmen besetzt werden.

Nach einer anderen Pariser Meldung sind derartige Gerüchte in dortigen politischen Kreisen in Umlauf, die allein Anschein nach als Versuchsbalkons von offiziöser Seite losgelassen werden und die sich gleichfalls mit den Entscheidungen beschäftigen, die die Vorkonferenz anlässlich der letzten Ereignisse in Deutschland und wegen der internationalen Militärkontrolle — natürlich auf Anregung Frankreichs — zu ergreifen gedenke. Die Engländer sollen einen Vermittlungsvorschlag gemacht haben, nach dem vorläufig die Aufnahme der Militärkontrolle sich nur auf jene Landesteile Deutschlands erstrecken soll, in denen mit Provokationen und Zwischenfällen nicht ohne weiteres zu rechnen sei. Das heißt, etwa Bayern soll ausgeschlossen sein. Die Franzosen hatten erklärt, daß sie hierauf nicht eingehen könnten, falls man ihnen nicht an anderer Stelle eine „Erhöhung ihrer Sicherheit“ garantierte. In diesem Zusammenhang soll Frankreich als hauptsächlichste Stärkung seiner Position die sofortige Besetzung der Eisenbahnlinien verlangt haben, die östlich von Frankreichs Grenzen Nord- und Süddeutschland miteinander verbinden, wobei natürlich auch die Stadt Frankfurt am Main in die Besetzungzone fallen würde. Andererseits würden Sanktionen, wie die Erhebung von deutschen Zöllen sowohl an der Landesgrenze als auch in den wichtigsten Seehäfen angedroht werden.

Weiter wird dann erneut das Gerücht von der Besetzung des Hamburger Hafens durch die Engländer gestreut, von den französischen politischen Kreisen in Umlauf gebracht. Bei all diesen Gerüchten, so betont die Pariser Nachricht, handelt es sich vorläufig nicht um feste Beschlüsse, es seien aber sicherlich Beratungen in der Richtung der oben genannten Anregung im Gange.

Was die Beteiligung der Engländer anbetrifft, so liegt nach den letzten scharf gegen Frankreich gerichteten Erklärungen der Führer der englischen Politik kein Grund zu der Annahme vor, daß England eine derartige Aktion mitmachen oder auch nur gutheißen würde. Und was die französische Erpressungsversuche anbetrifft, so dürfen schon die Drohungen geeignet sein, die Isolierung Frankreichs, die noch nie so jämmerlich in die Erscheinung trat wie in den letzten Wochen, noch zu verschärfen.

**Ein Konferenzvorschlag Poincares.**

Daß auch nach dem Scheitern des Planes einer Sachverständigenkonferenz irgend etwas geschehen muß, um das Chaos in Europa zu verhüten, ist klar. Dünne Fäden werden schon von Washington und von London aus gesponnen. All dem ist nun aber der Sieger in diesem diplomatischen Kampf, Poincaré, von sich aus zuvorgekommen, indem er einen ganz nach seinen Einschränkungen bestimmten Plan dem Entscheidungsausschuß vorgelegt hat. Das ist zunächst natürlich ein ge-

schicht ausgedachter Schachzug gegen die Vorwürfe, die ihm von der öffentlichen Meinung besonders in den Ver. Staaten gemacht werden, dann aber ein Versuch, seine Absichten nun mit Hilfe des Entscheidungsausschusses durchzusetzen. Sein „Sachverständigenkomitee“ soll der Entsch.-Ausschuß, also nicht die Regierungen, ernennen, damit sind die Ver. Staaten ausgeschlossen, ebenso aber sollen auch nur die dort vertretenen Länder teilnehmen, also wiederum Deutschland nicht. Die Arbeit dieses Ausschusses würde natürlich nach den bekannten „Bedingungen“ auf die Frage der „derzeitigen“ Leistungsfähigkeit Deutschlands beschränkt und jede Ausdrucksweise über die Grundfrage, die Zahlen des Londoner Abkommens und den „Friedensvertrag“ scharf ferngehalten. Auch das Ergebnis können wir uns jetzt schon denken: das schon den Ver. Staaten von Poincaré vorgeschlagene Moratorium für Deutschland, auf 2 Jahre begrenzt, unter Festhaltung aller „Pfänder“ und womöglich unter Finanzkontrolle und sonstigen weiterdemütigenden Bedingungen. Es würde uns wie einem unter Folter gespannten Schmerverbrecher die Atempause zugebilligt, die dann nachher eine um so größere Vutabzapfung gestattet. Von solchem Vorgehen hat Deutschland für die Dauer nichts zu hoffen, aber alles zu befürchten. Ob der Entscheidungsausschuß, der freilich Frankreichs Druck immer recht gefügig war, sich einen solchen Plan einfach aufzwingen läßt?

**Die Isolierung Poincares.**

Paris, 15. Nov. Die „Chicago Tribune“ will wissen, daß auch Mussolini geneigt sei, an irgend einer Drohung gegen Deutschland teilzunehmen. Italien könne nicht irgend einer militärischen oder maritimen Maßnahme gegen Deutschland zustimmen oder daran teilnehmen. Belgien, das früher bereit gewesen sei, derartige Maßnahmen zu unterstützen, habe seitdem England sich in dieser Angelegenheit abseits halte und Amerika seine Zurückhaltung formuliert, seine eigene Haltung geändert. Das Blatt will wissen, daß das Brüsseler Kabinett beschloffen hat, keine weiteren Truppen zu Besetzungszwecken zur Verfügung zu stellen.

**Amerika und Europa.**

**Eine bemerkenswerte Rede Wilsons.**

Paris, 12. Nov. Havas übermittelte aus Washington: In a. folgende Stelle aus der durch Funkpruch verbreiteten gestrigen Rede des ehemaligen Präsidenten Wilson zum Jahrestag des Waffenstillstandes:

Daß die Vereinigten Staaten durch ihre Isolierungspolitik nach dem Kriege in einer der kritischsten Perioden der Geschichte der Menschheit der Zivilisation ein derartiges Unrecht hätten zufügen können, sei uns sehr beklagenswert, weil seit der Zurückziehung der Vereinigten Staaten aus Europa jedes weitere Jahr den Beweis liefert, daß die Dienste, die Amerika hätte leisten können, unerlässlich seien für den Wiederaufbau der alten Welt. Die Lage Europas verschlechterte sich von Tag zu Tag, und als wollten sie den Ereignissen, die sich abspielten, die Krone aufsetzen, seien Frankreich und Italien untereinander (?) dahin überein gekommen, den Versailler Vertrag als einen Fehler zu betrachten. Wilson weist darauf hin, daß der gegenwärtige Stand der Dinge den Vereinigten Staaten eine Gelegenheit böte, die Vergangenheit, wieder gut zu machen und schließt: Die einzige Art zu beweisen, daß wir den ganzen Sinn des heutigen Jahrestages erfassen, besteht darin, daß wir den Entschluß fassen, die persönlichen Interessen hintanzuhalten und aufs neue die großen Ideale und die Ziele der internationalen Politik auszusprechen und diesen Grundzügen gemäß handeln. So und nur so allein kommen wir zu den wahren Traditionen Amerikas zurück.

**Die Stimmung in Amerika.**

London, 12. Nov. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt: Weder Präsident Coolidge noch Staatssekretär Hughes hätten verfehlt, die vollkommene Freundschaft Amerikas gegenüber Frankreich zu bekräftigen und zum Ausdruck zu bringen, daß die Türe noch offen stehe, durch die Amerika Europa zu Hilfe kommen könnte. Aber diese Freundschaftsversicherungen änderten in keiner Weise die Lage. Kurz gefaßt: Die Natur dieser Unterstützung und die Bedingungen, unter denen sie erfolgen könnte, würden von Amerika bestimmt und nicht von Frankreich. Wenig Zweifel herrsche in amtlichen Kreisen Washingtons darüber, daß die Wirkung des Zusammenbruchs des Planes einer Untersuchung auf die Lage Deutschlands ungünstig sein werde. Der nächste Schritt der amerikanischen Regierung dürfte nunmehr in London erfolgen. Der „Times“-Berichterstatter meldet ferner, auf jeden Fall werde die Zwischenzeit der Untätigkeit eintreten, soweit die amerikanischen Verhandlungen in betracht kommen. Es könne zuversichtlich erwartet werden, daß das amerikanische Volk in der Zwischenzeit zu der Ueberzeugung kommen werde, daß die französische Regierung bisher die möglichst weitgehende Zerstörung Deutschlands mehr suchte als Reparationen. Die Rede, die der frühere Präsident Wilson am Vortag des Waffenstillstandestages gehalten habe, werde dazu beitragen, diese Ueberzeugung zu vertiefen.

**Die Politik des General Smuts.**

**Eine Wirtschaftskonferenz ohne Frankreich.**

London, 15. Nov. General Smuts hat heute in einem langen Brief an die Times die Aufforderung an die englische Regierung gerichtet, im Sinne der politischen Richtlinien der Reichskonferenz nunmehr unter Einbeziehung von Amerika eine Wirtschaftskonferenz einzuberufen, die bereit sei, ohne Beschränkung die wirtschaftliche Notlage Deutschlands zu erörtern. Smuts setzt in diesem Brief auseinander, daß die Konferenz abgehalten werden müsse, gleichgültig, ob Frankreich seine Teilnahme verweigert oder nicht. Sei die Konferenz erst einmal zustande gekommen und würde sie beweisen, daß sie keineswegs gewillt sei, die berechtigten Interessen und Forderungen Frankreichs zu verkürzen, so werde Frankreich kaum in der Lage sein, gegen die Ansicht der übrigen Welt in seiner Isolierung Haltung zu verharren, vielmehr werde sich dann in Frankreich eine Strömung geltend machen, die darauf hinwirken wird, sich dieser großen Aktion der anderen Mächte anzuschließen.

**Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen.**

Berlin, 10. Nov. Der frühere deutsche Kronprinz traf am Samstag vormittag kurz nach 8 Uhr mit dem Nachtschnellzug aus Holland auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ein und setzte wenige Minuten darauf mit dem Breslauer D-Zug die Fahrt nach Döls fort. Ein höherer Beamter der Berliner politischen Polizei hatte den früheren Kronprinzen auf der Grenzstation Bentheim erwartet und begleitete ihn auf der Fahrt durch Deutschland.

Der Kronprinz hatte schon vor längerer Zeit, und zwar noch unter dem Kabinett Cuno, um die Einreiseerlaubnis nach Deutschland gebeten. Er hatte dabei wiederholt und bestimmt erklärt, daß er sich in Deutschland von jeder politischen Betätigung und insbesondere von jeder Unterstützung monarchischer Antriebe zurückhalten und sich ausschließlich der Bewirtschaftung seines Gutes Döls widmen werde. Eine Entscheidung über den Antrag des Kronprinzen während der Kanzlerschaft Cuno kam nicht zustande. Erst das Kabinett Stresemann hat den Antrag genehmigt.

Wie wir hören, hat der Kronprinz in seinem Schreiben ferner Genehmigung darüber Ausdruck gegeben, daß ihm der Paß zur Einreise nach Deutschland auf Beschluß eines Kabinetts der großen Koalition erteilt worden ist, weil er auch nur den Anschein vermeiden zu sehen wünschte, als ob er irgendwie als Führer oder Förderer bestimmter politischer Gruppen aufzusehen sei. Das Reichskabinett ist bei der Bewilligung der Einreiseerlaubnis von der Erwägung ausgegangen, daß das vor der Emigration gestellte Verlangen, den Kronprinzen zu internieren, weil er auf der Liste der sogenannten Kriegsverbrecher stehe, völlig unhaltbar ist und auch im Versailler Vertrag keine Stütze findet. Es verwahrt sich auch gegen die Behauptung, als ob hier dem Kronprinzen irgend eine bevorzugte Stellung eingeräumt würde. Andererseits aber durfte man einem deutschen Staatsbürger der nach langer Abwesenheit in seine Heimat zurückzukehren wünscht, diese Rückkehr nicht verweigern, nur weil es sich um den früheren Thronfolger handelt.

**Eine Erklärung des ehemaligen Kronprinzen.**

Berlin, 14. Nov. Der ehemalige Kronprinz hat nach seiner fast 1000 Kilometer langen Automobildireise von Holland nach seinem Gut heute vormittag eine Abordnung der Bürger des kleinen Städtchens empfangen, die das Kronprinzengpaar beglückwünschte. Der Kronprinz gab wiederholt seiner Freude Ausdruck, wieder im Kreise der Seinen leben zu können. Er ist ja auch gewissermaßen als der letzte aus dem Krieg heimgekehrt. Die Vertreter der auswärtigen Presse wurden vom Adjutanten des Kronprinzen empfangen, der ihnen im Namen des Kronprinzen folgende Erklärung vorlas: „Ich bin glücklich, wieder in der Heimat zu sein bei Frau und Kindern auf meinem Besitz, glücklich wieder inmitten meiner deutschen Landsleute zu leben und das Schwerkreuz mit ihnen zu tragen, das über Deutschland gekommen, früh meine alten Freunde aus dem Frieden und Kameraden aus dem Kriege wieder zu sehen. Ich habe ganz die Absicht, mich meinen persönlichen Pflichten zu widmen und innerhalb meines Amtes- und Pflichtkreises am Wiederaufbau meines Vaterlandes, an dessen Hochkommen ich nicht zweifle, mitzuarbeiten.“

**Eine Rede des Reichskanzlers.**

Halle, 11. Nov. Reichskanzler Dr. Stresemann traf heute nachmittag gegen 5 Uhr in Begleitung des Reichsministers des Innern Dr. Jarres und des Staatssekretärs Kempkes in Halle ein. In 1 1/2 stündiger Rede auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei im Walschtheater nahm er, vielfach von begeistertem Beifall unterbrochen, zu den schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen Stellung. Insbesondere ging er auf die ungeheure Arbeitslosigkeit an Rhein und Ruhr ein, für die die Besatzungsmächte die Verantwortung zu tragen hätten, wie sie letzten Endes auch die Schuld trügen an den politischen Wirren von rechts und links und für die wirtschaftliche Not Deutschlands. Aufs schärfste verurteilte er den Streik in den Berliner Notendruckereien, der die Herstellung wertbeständigen Geldes stilllegte und damit die schwierige Lage des Augenblicks noch verschärfte. Die Regierung werde deshalb mit strengen Maßnahmen gegen diesen Streik vorgehen und rücksichtslos Entlassungen vornehmen, falls die Arbeit bis morgen nicht wieder aufgenommen werde. Auch zur Frage des Beamtenabbaus, der Eisenbahntarifpolitik u. a. nahm der Reichskanzler eingehend Stellung, indem er als Ziel dieser Maßnahmen die Bilanzierung des Etats und die Rückkehr zu einer gesunden vernünftigen Finanzpolitik bezeichnete. Er besprach dann die tiefe äußere und innere Not Deutschlands. Diese und als Folge davon die Verwirrung der politischen Leidenschaften seien verursacht durch die außenpolitische Bedrückung. Frankreich hätte die Möglichkeit, die deutschen inneren Verhältnisse wesentlich zu ändern, wenn die französische Politik so wäre, daß sie uns das Leben ließe und so dem Radikalismus in Deutschland entgegenwirkte. Auf die separatistischen Machenschaften an Rhein und Ruhr eingehend, sagte der Kanzler, wenn man nur den Rheinländern die Möglichkeit geben würde, sich gegen das Gesindel zu wehren, wäre dieses in 24 Stunden erledigt. Statt dessen erfolge die Entwaffnung der Schupo. Die Haltung Belgiens in dieser Frage sei neuerdings erfreulich und auch England habe erklärt, daß ein Rheinstaat, unabhängig von Deutschland, eine Verletzung des Versailler Vertrages sei, die England nicht dulden werde.

**Die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung.**

Berlin, 15. Nov. Der Minister für Volkswohlfahrt stellte im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister für die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung neue Richtlinien auf. Hiernach wird dem amtlichen preussischen Pressedienst zufolge die Beschränkung der Fürsorgehöchstdauer auf 13 Wochen bis auf weiteres nur für ledige landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen sowie für Hausangestellte angeordnet. Die normale Fürsorgehöchstdauer beträgt 23 Wochen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird es sich jedoch nicht vermeiden lassen, daß in größerem Umfange auch für ganze Berufs-

gruppen die Verlängerung der Fürsorge über 26 Wochen hinaus gewährt wird. Die Fürsorgehöchstdauer von 39 Wochen soll aber auch hier grundsätzlich nicht überschritten werden.

Die Reichsbahn.

Berlin, 10. Nov. Einem Vertreter des Wolffbüros gegenüber wies der Reichsverkehrsminister auf die Bedeutung der geordneten Einführung der Goldrechnung bei der Reichsbahn hin, wodurch erst wieder eine zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben möglich werde.

Aus Nah und Fern.

(Sinsheim, 16. Nov. (Demonstration.) Die Arbeiterschaft der Stütz U.-G. hier mit den Gewerkschaftsführern wurde heute Vormittag beim Oberamtmann vorstellig, weil verschiedene Geschäftsleute der Stadt für Lebensmittel werbeständiges Geld forderten, obwohl weder die Arbeiter noch die Beamenschaft werbeständiges Geld bis jetzt erhalten hat.

Sinsheim, 15. Nov. Die Mitglieder der Ortskrankenkasse haben jetzt an der Apotheke die Arzneien selbst zu bezahlen und sich das Geld von der örtlichen Verrechnungstelle oder auf der Kasse in Sinsheim wiedergeben zu lassen.

Sinsheim, 15. Nov. (Postgebühren.) Seit 1. November werden die Fernspreckgebühren nach Grundbeträgen berechnet die am Tage der Zahlung nach der an dem Tage gültigen Schlüsselzahl (Steuermark) umgerechnet werden.

Sinsheim, 14. Nov. (Kraftwagenverkehr.) Vom 15. ab verkehrt die Kraftpersonenpost auf der Linie Sinsheim-Mühlfeld nur noch am Dienstag, Mittwoch und Samstag und zwar bis Eschelbach.

Sinsheim, 15. Nov. (Verkehrseinschränkung.) Auf der Strecke Jagtfeld-Heidelberg fallen der Eilzug vormittags 10 Uhr sowie der letzte Zug von Heidelberg nach Sinsheim aus.

Sinsheim, 15. Nov. (Die Wirkung der Eisenbahnzölle.) Eine Folge der stetig steigenden Eisenbahnzölle zeigt sich darin, daß der Personenverkehr um 60 Prozent unter den Normalverkehr gesunken ist.

Sinsheim, 15. Nov. (Theologische Prüfungen.) Die vom 15.-19. Oktober abgehaltene zweite theologische Prüfung haben Ludwig Eiermann von Eberbach, Theophil Eisinger von Dalsbach und Wilhelm Engelhardt von Uglasterhausen bestanden.

Sinsheim, 15. Nov. (Goldbezugspreise der Zeitungen.) Die Reichspostverwaltung hat die Berechnung der Postbezugspreise in Goldmark für den Monat Dezember genehmigt.

Sinsheim, 16. Nov. (Wucherer und Schieber ins Arbeitshaus.) Der Minister des Innern hat angeordnet, daß von den Bezirksamtern Wucherer, Schieber und Ausbeuter in Zukunft dem polizeilichen Arbeitshaus Kislau überwiesen werden.

Sinsheim, 16. Nov. (Vormintertage.) Die letzten Tage sind als erste Vormintertage zu bezeichnen, denn neben rauhen Winden hat auch die Kälte zugekommen, was allerdings nicht zu verwundern ist, wenn man hört, daß schon in der Nacht zum Donnerstag im Schwarzwald kräftige Schneefälle eingetreten sind.

Neckarbischofsheim, 15. Nov. (Zugverkehr.) Wegen Ausfall der Vormittagszüge 8.48 und 9.12 Uhr bei der Reichsbahn ab 12. November fährt die Nebenbahn Montags und Donnerstags auf die Frühzüge in Richtung nach und von Heidelberg. An den anderen Tagen fährt sie im Anschluß an die Mittagszüge. Die Abendzüge verkehren wie bisher.

Sinsheim, 15. Nov. (Jagdpaß.) Die hiesige Gemeindegemeinschaft wurde am 3. November auf weitere sechs Jahre neu verpachtet. Pächter ist Dr. Müller, Direktor der Zuckerfabrik Waghäufel. Der Pachtpreis beträgt 250 Goldmark.

Rappena, 15. Nov. (Haarskauf.) Das in der Salmstraße gelegene, der verstorbenen Geschwister Geiger gehörende Anwesen, ging durch Kauf in den Besitz der Gemeinde Rappena über. Die Gemeinde machte noch in letzter Stunde von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch.

Bammental, 14. Nov. (Eine Feuersbrunst.) Äscherte heute morgen einen Schuppen bei der Kriegsmühle ein. Die sofort alarmierte Bammentaler und Neckargemünder Wehren konnten den Schuppen selber nicht mehr retten, mit dem auch Futtermittel verbrannt sind. Die Mühle selbst ist aber unbeschädigt geblieben. Auch konnte alles Vieh in Sicherheit gebracht werden.

Wiesloch, 14. Nov. (Aufbruch.) Am Donnerstag früh wurden von der Wieslocher und Walsdorfer Gendarmerie sieben Personen von Walsdorf wegen Aufruhrs verhaftet und nach Heidelberg transportiert. Das Vergehen der Verhafteten ist auf die Vorgänge zurückzuführen, die sich am Kirchweihdienstag nachts vor dem Rathaus abspielte haben.

Walsdorf, 13. Nov. (Tölicher Unglücksfall.) Die am 25. August 1917 geborene Rosa Konrad, Stieftochter des Tagelöhners Karl Schumacher hier, spielte am 30. Oktober in Abwesenheit der Eltern mit einem dreijährigen Nachbarkind in der Wohnung des Schumacher mit Streichhölzern. Dabei fing das Kleid des Mädchens Feuer; in seiner Angst rannte es ins Freie, wo die Flammen von einem Nachbar erstickt wurden. Die Kleider des Kindes waren total verkohlt, und das Kind selbst hatte derart schwere Brandwunden davongetragen, daß es am letzten Donnerstag seiner schweren Verbrennungen erlag.

Mannheim, 11. Nov. (Ein gefährlicher Schwindler.) In einem Geschäftshaus hatte ein Unbekannter einen sehr wertvollen Ledermantel gekauft, den er sich ins Hotel bringen ließ. Da der Ueberbringer den Mantel ohne Bezahlung nicht hergeben wollte, fingerte der Schwindler ein Telefongespräch mit der betreffenden Firma, erklärte, sein Diener sei auf der Bank, und bewog dadurch den Ueberbringer des Mantels, diesen herzugeben. Der Betrag wurde zwar alsbald aufgedeckt, aber der Schwindler war verschwunden. Eine Angestellte des Geschäfts reiste an demselben Tage nachmittags ins Neckartal und erblickte in Neckargemünd den Schwindler, dessen sofortige Verhaftung vorgenommen werden konnte.

Lauda, 10. Nov. (Ueberfall auf einen Güterzug.) Ein von Würzburg kommender Güterzug wurde, als er infolge Steigung langsam fuhr, von etwa 10 Burschen überfallen, die einen Güterwagen erbrachen und teilweise beraubten. Die Bahnpolizei schoß auf die Diebe, die die Schüsse erwiderten und flüchteten. Erst kürzlich wurden auf der gleichen Strecke aus einem Zuge mehrere Säcke Weizenmehl geraubt.

Breisach, 13. Nov. (Unglück mit einer Sprengladung.) Der 26jährige ledige Landwirt Anton Berli aus Oberreuthe verunglückte in der vorigen Woche dadurch, daß er mit einem selbstverfertigten Sprengstück fischen wollte. Verhüllt hatte eine Bierflasche mit Pulver gefüllt und mit Sprengkapseln geladen. Das Sprengstück entzündete sich zu früh und die Lebung ging ihm ins Gesicht. Der Unglückliche, der erst am anderen Tag bei vollem Bewußtsein gefunden wurde, starb auf dem Transport.

Hausen i. T., 12. Nov. (Einbrecher.) Vor einiger Zeit waren Einbrecher in die hiesige Pfarrkirche eingedrungen und hatten den Speisekessel entwendet. Nunmehr ist es gelungen, die Diebe festzunehmen. Es sind zwei gewerbsmäßige Verbrecher aus Mühlheim, die schon vielfach vorbestraft sind. Auch der zweite Diebstahl, bei dem die Altortlicher entwendet wurden, ist aufgeklärt. Als Täterin wurde eine Frauensperson aus Kottweil festgestellt, und überführt.

Konstanz, 11. Nov. (Gesahnte Schieber.) Die deutsche Zollbehörde hatte in den letzten Tagen eine strenge Untersuchung der Passanten wegen der Ausfuhr von Devisen angeordnet. Die Untersuchungen hatten, wie man hört, guten Erfolg. Auch außer kleineren Devisenbeträgen fand man bei einem der Grenzgänger Devisen (amerikanische Dollars und holländische Gulden), die, in Papiermark umgerechnet, weit über 1 Trillion ausmachten.

Gottesgericht. Einen erschütternden Verlauf nahm eine Verhandlung vor dem Feldkammergericht. Ein Mann stand vor den Schranken des Gerichts unter der Anklage seine Frau vergiftet zu haben, um deren Lebensversicherung zu bekommen. Er schloß seine Selbstverteidigung mit den Worten: „Der allmächtige Gott soll mich eines augenblicklichen Todes strafen, wenn ich schuldig bin!“ Raum oder hatte er diese Worte gesprochen, als er zusammenbrach. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den eingetretenen Tod feststellen.

Der Teufel im Kuhstall. Ein nettes Stücklein, das viel belacht wird, ist in Rittstätt bei Fiecht in W. passiert. Ein Mann, der sich gerne seines Unglaubens rühmte, sprach eines Tages über den Teufel und meinte dabei: „Soll halt einmal kommen, wenn einer gibt!“ Als er am nächsten Morgen seinen Stall betritt, erhebt sich im Halbdunkel in der Ecke eine pechschwarze Gestalt. „Ach, bist recht schön, so hab ich es nicht gemeint, nein, so hab ich es nicht gemeint!“ ruft's Bauerlein vor Angst. Was war? Die Tochter hat ohne Wissen des Vaters dem Kammerjäger im Stall Nachtquartier gegeben.

Ämtliche Bekanntmachung.

Die Ausführung des Reichsmietengesetzes betr. Aufgrund der badischen Ausführungsverordnung vom 23. 10. 23 zum Reichsmietengesetz wurden mit Bekanntmachung des Bad. Arbeitsministers vom 24. 10. 23 die Hundertfüße der Zuschläge zur Grundmiete einheitlich geregelt. Für den Bezirk Sinsheim gelten folgende Sätze: 1. Für Steigerung der Hypothekenzinsen wird ein Hundertfuß nicht mehr festgelegt. 2. Die Betriebskosten wie Staats-, Kreis- und Kirchensteuern, Gemeindeumlage, Gebäudeversicherung, Raminreinigung, Wassergebühr, Wohnabgabe und sonstige Lasten sind auf die einzelnen Mieter nach dem Verhältnis der Grundmiete umzulegen und direkt zu erheben. 3. Die Zuschläge für Verwaltungskosten betragen 0,5 v. H. der Grundmiete mal Reichsindexziffer. 4. Die Zuschläge für laufende Instandsetzungsarbeiten betragen 4,2 v. H. der Grundmiete. 5. Die Zuschläge für große Instandsetzungsarbeiten, soweit sie vom Gemeinderat beschossen sind, betragen 2,8 v. H. der Grundmiete. 6. Für gewerbliche Räume können 4,2 v. H. der Grundmiete mehr berechnet werden.

Nachgehend für die Berechnungen der Zuschläge ist die jeweilige Reichsindexziffer die Lebenshaltungskosten mit Bekleidung, die von der Mietenzahlung zuletzt veröffentlicht worden ist. Beispiel: die monatliche Grundmiete beträgt 30 Mark, so ergibt sich eine Miete ohne große Instandsetzung von 30 x 4,2 + 0,5 mal Reichsindexziffer, hierzu die unter 100 Ziffer 2 genannten Betriebskosten. Grundmiete ist die um 10 Prozent verminderte Friedensmiete. Der Mietzins ist monatlich zu bezahlen. Sinsheim, den 14. November 1923. Bad. Bezirksamt.

Statt Karten. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserem schweren Verluste dankt auf diesem Wege herzlich. Im Namen der Hinterbliebenen: Frau Hannchen Göller geb. Eljasser. Sinsheim, den 15. November 1923.

Unsere Kasse ist bis 2 Uhr nachmittags geöffnet. Samstag Nachmittag geschlossen. Gebrüder Ziegler.

Statt Karten. Oskar Sittig, fürstl. fürstenberg. Forstmeister Rosl Sittig geb. Schmitt Vermählte Hammereisenbach Sinsheim November 1923.

Statt Karten. Lisel Rosenberger Fritz Zivi, Professor Verlobte Sinsheim Mühlheim

BREMEN AMERINA OSTASIEN AUSTRALIEN. Regelmäßiger Personen- u. Frachverkehr mit eigenen Dampfern. Annehmlichste und vorzüglichste Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen. Reisegepäck-Versicherung. Nähere Auskunft durch NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN und seine Vertretungen. Sinsheim: Gg. Eiermann Wtw. in Neckarbischofsheim: Max Jeselsohn, Hauptstr. 4.

Herzlichen Dank Allen, welche des 89. Geburtstags meines Vaters Adam Maier in so ehrenvoller und wohlwollender Weise gedenken. Karoline Maier. Gebr. Herd fast neu, sowie Bogen zu verkaufen. Kunst, Eisenbahnstr. 351. Faconieren von Damenhüten Hutfabrik Elsa Faul Heidelberg, Sofienstr. 13. Druckerarbeiten jeglicher Art für Gewerbe, Handel und Behörden in sauberster Ausführung liefert in kürzester Zeit und zu mäßigen Preisen. G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim beim Bahnhof.

Baden.

Das badische Ermächtigungsgesetz.

Die Vereinfachung der Staatsverwaltung. — Dr. Beamten-Abbau in Baden.

Karlsruhe, 9. Nov. Dem badischen Landtag ist heute der Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Staatsverwaltung zugegangen.

In der von der Regierung dem Gesetz beigegebenen Begründung wird u. a. ausgeführt: Demehr die Selbstwertung Fortschritte machte, desto schwieriger wurde es, die bisher beherrschte Ordnung im Staatshaushalt aufrecht zu erhalten.

Gegen den Wucher mit wertbeständigen Zahlungsmitteln.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Kaum sind vom Reich und vom Staat wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht worden, so sind auch schon in Stadt und Land gewissenlose Erfindungen aufgetaucht, die diese Zahlungsmittel, vielfach unter Ausübung der Unerfahrenheit mancher Volksschichten in Selbsttäuschung, gewerbsmäßig aufkaufen, um damit Wucher schimmiger Art zu treiben.

Die Lage des Arbeitsmarktes

hat sich in Baden in der letzten Woche weiterhin erheblich verschlechtert. Betriebs einschränkungen, Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen nehmen ihren Fortgang.

Konzerne und Trusts in Baden.

pa In den letzten Jahren ist in der Tagespresse wiederholt darauf hingewiesen worden, daß sich im deutschen Reich nach

amerikanischem und englischem Vorbild ein Konzentrationsprozeß in der Industrie und im Handel bemerkbar macht. Er greift schließlich sich besonders in der Maschinen- und in der chemischen Industrie, Unternehmungen der Urproduktion mit solchen der Fertigungsindustrie oder Werke gleicher Produktionsstufe oder Produktionsart mit andern zusammen.

Der Stand der Herbstfrüchte in Baden Anfang November 1923.

pa Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes war die Witterung im Oktober ziemlich unbeständig, in der Hauptsache regnerisch und außergewöhnlich warm.

Das Kino als Verbrechensort.

pa Wir werden um Aufnahme der folgenden Zuschrift ersucht:

Im Juni d. J. wurde in Heidelberg auf die Eheleute K. nachts ein schwerer Raubüberfall verübt. Als Täter wurde der eigene 16jährige Sohn ermittelt, dem bei dem Verbrechen noch 2 andere ungefähr gleichalterige Freunde geholfen hatten.

gericht haben die Angeklagten an, daß sie wenige Stunden vor der Tat in einem Heidelberger Lichtspieltheater einen Film „Der unheimliche Gast“ gesehen hätten, in dem ein Mann in einem Hotelzimmer mit Aether betäubt und beraubt wurde.

Kartoffeln das Stück eine Million. Oberpfälzischen Bauern bot ein Nürnberger Hamsterer für jede Kartoffel eine Million Deutsches Mark.

Neueste amtliche Kurse

Table with exchange rates and prices for various goods like flour, cement, and metals. Columns include item names and prices in different currencies.

Marktberichte.

Preise des Mannheimer Schlachtviehmarktes vom 5. November 1923.

Für den Schlachtviehmarkt am Montag betrug der Auftrieb: 55 Ochsen, 45 Bullen, 259 Kühe und Rinder, 130 Kälber, 24 Schafe, 218 Schweine.

„Er bleibt dabei und schwört darauf die fürchterlichsten Eide.“ „Und du glaubst doch mir mehr, als ihm?“ „Nur sah Mag mit einem wilden Blick an, aber er senkte schnell seine Augen, als er die Magens fest auf sich gerichtet sah.“

leidenschaftlichen Feuer. Keine Spur von Angst zeigte sich in dem harten, durch den Ausdruck unbeugsamen Mutes überschönsten Gesicht. „Ich könnte ihn ja auf dein Zeugnis hin wieder unter Anklage stellen und festsetzen lassen, aber nicht so viel mache ich mir daraus,“ und er schnippte mit dem Finger so laut, daß der Griffon, der vor ihm herging, stehen blieb und seinem Herrn gespannt in die Augen sah.

So, nun hatte er die Brücke gesprengt, die zu seinem Glück hätte führen können; aber seltsamerweise tat es ihm nicht leid, im Gegenteil, es kam eine tiefe Gemütsruhe über ihn, das Bewußtsein, eine gute Tat getan, die Mißgeschick an einem geplanten Verbrechen von sich abgewandt zu haben.

Vertical text on the left margin, partially cut off, containing words like 'betr.', 'vom 23.', 'machung', 'überfäße', 'Für den', 'in Hun-', 'Kirchen-', 'inreihig-', 'ind auf', 'admicks-', '0,5 v.', 'iten be-', 'ten, so-', '2,8 v.', 'Grund-', 'ist die', 'nti Be-', 'fentlich', 'ragt 30', 'bsehung', 'e unter', 'um 10', 'monat-', 'tags', 'n.', 'ler.', 'ter', 'im', 'nk', 'sttags', 'ater in', 'llenber', 'ier.', 'u ver-', 'r. 351.', 'hüten', 'ul', '13.', 'en', 'age.'

120-130, c 110-120, d 105-110, e 100-105. Marktverlauf: Mit Großvieh und Kälbern lebhaft, ausverkauft, mit Schweinen mittelmäßig, geräumt.

Eine Preisstellung nach den Marktpreisen beim Verkauf ab Stall stellt sich als strafbare Preistreibe dar, vor der gewarnt wird.

Mannheimer Kleinviehmarkt.

Dem Kleinviehmarkt am Donnerstag waren zugetrieben: 40 Kälber, 0 Schafe, 13 Schweine, 140 Ferkel und Läufer. Bezahlt Kälber und Schweine wurden wegen zu geringen Auftriebs nicht notiert, für Ferkel und Läufer wurden 5-20 Goldmark pro Stück bezahlt.

Der Unterschied zwischen den Marktpreisen und den Stallpreisen wird durch die beim Marktpreis mit berücksichtigten notwendigen Spesen, wie Fracht-, Markt-, Futter-, Versicherungs- und Kommissionsgebühren, Umsatzsteuer usw., ferner den üblichen Gewichtsverlusten erklärt.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse vom 15. November 1923.

Table with 2 columns: Grain type (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Weizenmehl, Roggenmehl) and Price per 100 kg. Includes sub-section 'Schlüsselzahlen' with tax and Reichsindex figures.

Großhandels-Teuerungszahl am 13. Nov. 265,6 Milliarden (vorher 129 Milliarden).

Schlüsselzahl des Badischen Gastwirteverbandes: 600 Milld. Bad. Einzelhandel: 600 Milld. Mk. Schlüsselzahl des Deutschen Buchdruckervereins: ab 3. Nov. nach Goldmark.

Evangelischer Gottesdienst. Sonntag, 18. November. 24. Sonntag nach Trinitatis. 10 Uhr: Gottesdienst. Stadtvikar Meerwein. 11 Uhr: Christenlehre. Dekan Eifen. 1 Uhr: Kindergottesdienst. Stadtvikar Meerwein.

Large advertisement for 'feurio' soap. Features the brand name in a stylized font, a slogan 'Je härter eine Seife, desto besser ist sie! Prüfen Sie feurio auch daraufhin!', and the manufacturer 'Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.G.' with the name 'TRUEB' in the corner.

Umtliche Bekanntmachungen. Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt ab 11. November gegenüber den Sätzen der zweiten Septemberhälfte dreihunderttausend.

Bekanntmachung Militär-Rentnet. Rentenzahlung am 19. November wie am 29. Oktober (Auszahlung bei der Post, durch Postcheck usw.)

Ausgabe von Gutscheinen. Mit höherer Ermächtigung geben wir auch Gutscheine zu 200 und 500 Milliarden, sowie einer Billion Mark aus, die von den Reichsbahn- und anderen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden.

Bekanntmachung. Durch die allgemeine Einführung der Goldmarkrechnungen in Handel, Industrie und Landwirtschaft sind wir gezwungen, die Stromgebühren in Goldmark festzusetzen.

Bekanntmachung. Wir rufen hiermit unsere Gutscheine auf 15. Dezember 1923 zur Rückzahlung auf.

Zwetschen-Maische kaufen. Hof. Holland & Cie., Heidelberg.

Befcheinigungen des Lohnabzugs ans Finanzamt sind vorrätig bei der G. Beder'schen Buchdruckerei.

Ein! Ein! Ein Posten Sonn- u. Werktags-Hosen, Sonn- u. Werktags-Schuhe, Anzüge, Sporthosen, Lederhosen, Winterschuhe, Nebergier und dergl. sehr preiswert abzugeben.

Kennert, Heidelberg, Ladenburgerstraße 39. Samstags geschlossen.

Advertisement for HAPAG (Hamburg-Amerika Line). Features a ship illustration and text: 'HAMBURG-AMERIKA LINIE', 'NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA', 'AFRIKA, OSTASIEN USW.'.

Achtung! Lanz'-Centrifugen liefert preiswert Herm. Reichenperger Vertretungen Mannheim, Eichelsheimerstr. 49.

Advertisement for White Star Line and American Line. Features a star logo and text: 'WHITE STAR LINE', 'AMERICAN LINE', 'REGELMÄSSIGER PASSAGIERDAMPFER VERKEHR', 'HAMBURG-NEW YORK', 'HAMBURG-HALIFAX (CANADA) NEW YORK'.

Wir geben hiermit unserer verehrt. Kundschaft bekannt, daß wir unsere Filiale Cubigheim ab 25. d. M. nach Osterburken verlegen und daselbst wie seither hier zur Lohnverarbeitung, bei kurzer Lieferzeit entgegennehmen und auf das ergiebigste verarbeiten.

Der richtige Weg aller Steuerpflichtigen ist die Führung eines Organisations-Steuerbuches fürs Finanzamt. Umtlich anerkannt, eingeführt und empfohlen.

Advertisement for Copierpresse. Text: 'Copierpresse gut erhalten, abzugeben G. Beder'sche Buchdruckerei.' Includes a small illustration of a copier.